

27. November 2015

## Ein Gewinn für alle

**Der Arbeitskreis Inklusion der Lebenshilfe Lörrach befasste sich in deren Werkstatt in Lörrach-Haagen mit dem neuen Schulgesetz.**



Inklusion ist zu einer Aufgabe aller Schulen geworden. Foto: Jonas Güttler (dpa)

LÖRRACH. Das neue Schulgesetz stand beim siebten Treffen des Arbeitskreises Inklusion in Kindergarten und Schule der Lebenshilfe Lörrach am Mittwoch in deren Werkstatt in Lörrach-Haagen im Zentrum. "Ich bin glücklich, dass den Eltern und Kindern nun das gegeben wird, was sie verdient haben, nämlich Anerkennung, Gleichberechtigung und Teilhabe", erklärte die Vorsitzende der Lebenshilfe Mechthild Lenz in dem gut gefüllten Saal.

Im August wurde ein neues Schulgesetz in Baden-Württemberg verabschiedet; seitdem müssen Kinder mit besonderem Förderbedarf nicht mehr zwingend in Sonderschulen, sondern können auf Wunsch der Eltern an Regelschulen unterrichtet werden. Der "Sonderschulzwang" bestehe nicht mehr, erläuterte Kirsten Ehrhardt, Leiterin des Projekts "Unabhängige Beratung" der Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – gemeinsam lernen. Der Wunsch der Eltern sei "handlungsleitend". Das bedeute, dass – mit Ausnahme der gymnasialen Oberstufe und der Berufsschulen – auch Kinder mit geistigen Behinderungen in regulären Schulklassen, unterrichtet werden können, indem dort zieldifferenzierter Unterricht stattfindet. Dennoch gebe es noch immer Einschränkungen. So

könne das Schulamt beispielsweise auch eine andere als die von den Eltern gewünschte Schule vorschlagen, müsse dann indes begründen, warum die gewählte Schule nicht besucht werden könne. Inklusion sei somit zu einer Aufgabe aller Schulen geworden, so Ehrhardt. Wie gut die Inklusion gelingt, hänge aber auch am Engagement der Eltern. Als Pioniere müssten sie sich gemeinsam auf den Weg machen, um "die Steine aus dem Weg zu räumen."

Auch der Leiter des Staatlichen Schulamts Lörrach, Helmut Rüdlin, betonte die neue Rolle der Eltern. So hätten sich die Schulämter an deren Wunsch zu orientieren. Dabei werde zunächst geprüft, welche Unterstützung das Kind benötige. Anschließend suche die Behörde nach einer wohnortnahen Regelschule, die diese gewährleisten könne. Selbstverständlich könnten Kinder aber weiterhin auch an den sonderpädagogischen Bildungszentren, den ehemaligen Förderschulen, unterrichtet werden. Besonders wichtig sei es, frühzeitig über förderbedürftige Kinder Bescheid zu wissen, um die Inklusion besser planen zu können. Hier bat Rüdlin die Eltern sich bei Beratungsbedarf direkt ans Schulamt zu wenden. Bessere Planbarkeit forderte auch Joachim Sproß, Fachbereichsleiter für Jugend, Schulen und Sport der Stadt Lörrach. Als Schulträger brauche eine Stadt frühzeitig Informationen über den Bedarf inklusiver Angebote. Insbesondere bauliche Maßnahmen zur Barrierefreiheit oder der Einrichtung von Differenzierungsräumen seien kurzfristig kaum umsetzbar. "Leider ist es noch immer so, dass Inklusion vor allem da funktioniert, wo sich Menschen dafür engagieren", so Sproß. Dabei sei Inklusion ein "Gewinn für alle."

Wie gut diese funktionieren kann, stellte Katrin Fritsch von der Hellen-Keller-Schule aus Maulburg vor. Sie unterrichtet sei acht Wochen mit einer Grundschullehrerin und einer Betreuerin eine erste Klasse an der Hans-Thoma-Schule in Weil-Haltingen, die fünf Kinder mit besonderem Förderbedarf besuchen. Während im Deutsch-, Sport- und Sachunterricht meist alle Kinder gemeinsam unterrichtet würden, betreue man in Mathematik und Französisch manche getrennt. Besonders in den ersten zwei Schuljahren sei gemeinsamer Unterricht gut möglich, ab der dritten Klasse bedürfe es mehr räumliche Differenzierung der Schüler, so Fritsch. In der anschließenden Fragerunde stellte Kirsten Ehrhardt klar, dass beim Übergang auf weiterführende Schulen erneut ein ähnliches Verfahren wie bei der Einschulung durchlaufen werden müsse. Indes stünden bislang Gemeinschaftsschulen im Zentrum der Inklusion; nun müssten auch Realschulen und Gymnasien Verantwortung übernehmen.

Autor: Ansgar Taschinski

